

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 23. Januar 1925
Nr. 19

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 23. Januar 1925
Nr. 19

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1111 Leipzig Nr. 1925

Nr. 19

Freitag, den 23. Januar 1925

20. Jahrgang

Übervorteil gegen die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone.

Paris, 21. Januar. Ueber den gestrigen Vortrag des Generalagenten für die Reparationszahlungen, Seymour Barret, berichteten die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter einige wichtige Einzelheiten. Barret erklärte zwar, daß er politische Fragen nicht erörtern wolle, daß er aber die Forderung geben könne, daß der Reichskanzler Dr. Luther den Demosplan vollständig durchführen wolle. Die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone ist geeignet, die Wirksamkeit des Dawes-Plans zu hären, insbesondere, wenn die Alliierten nicht mitteilen wollten, wie lange die Besetzung nach dem Eintritte des Berichtes der interalliierten Militärkontrollkommission noch fortgesetzt werden solle. Die „Chicago Tribune“ glaubt, daß ein freundschaftliches Abkommen in dieser Angelegenheit zwischen Frankreich und den Rheinlanden gleichzeitige mit dem Ruhrgebiet von Frankreich und Belgien im April oder Mai geräumt werden würde.

Das Verbrechen von Köln.

Berlin, 21. Januar. An die Rettungen des Einbruchgebietes ist folgendes Schreiben der französischen Besatzungsbehörde ergangen: Der kommandierende General der Besatzungsgruppen verbietet, anlässlich der Nichträumung der Kölner Zone einen Protest- und Besetzungszug zu unternehmen.

Neue Abfertigungskonferenz.

Washington, 21. Januar. Im Senat wurde heute der Abänderungsantrag zur Marinelage angenommen, durch den Coolidge aufgefordert wird, eine neue Abfertigungskonferenz einzuberufen. Der Abänderungsantrag wurde von dem demokratischen Senator King gestellt.

Der Stand der Pariser Verhandlungen.

Berlin, 22. Januar. Wie der „Volkswacht“ aus Paris meldet, sehen die Sachverständigen der beiden Delegationen ihre Arbeiten fort. Zur Zeit beschäftigen sie sich mit der Frage der Wiederherstellung von Gesellschaften. Auch verschiedene Industrieexperten verhandeln gegenseitig. Es wird erklärt, daß es voraussichtlich zu einem Kompromiß zwischen den deutschen und französischen Vorschlägen kommen wird.

Aufwertungsvorstoß im Reichstag.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages, der heute unter dem Vorsitz des Abg. Steingger (Dn.) zum ersten Male nach der Regierungskrise zusammentrat, behandelte einen deutschnationalen Antrag, der verlangt, daß die Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. 1, S. 765) aufgehoben werden soll. Die in Artikel 2 der Verordnung bezeichneten Fristen sollen bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung verlängert werden. Die Beschlußfassung über den Antrag wurde sodann auf Befehl der Regierung auf Dienstag nächster Woche vertagt.

Die Gesetzentwürfe über die Aufwertung fertig.

Die Gesetzentwürfe, die vom Reichskanzler Dr. Luther in seiner programmatischen Erklärung am Montag über die Aufwertungs- und Steuerreform angeordnet worden sind, liegen bereits völlig ausgearbeitet in den zuständigen Ministerien vor. Am Mittwoch haben sowohl im Reichsfinanzministerium als auch im Reichsjustizministerium besondere Beratungen über die Neuregelung der Hypothekenaufwertung stattgefunden. Es kann damit gerechnet werden, daß die Veröffentlichung dieses Gesetzentwurfes schon in den aller nächsten Tagen erfolgen wird. Wie verlautet, will der Regierungsausschuß eine Abgabe bis zu 25 Prozent ins Auge fassen.

Abgelehnte Lohnverhöhnungen.

Berlin, 21. Jan. Die Lohnforderungen in der Berliner Industrie sind gestern abgelehnt worden. Die Betriebsräte fordern zur Abmilderung auf, gegen die die Arbeitgeber sich wehren.

Kreditstand bei der Leipziger Stadtbank.

Leipzig, 21. Januar. Bei der Leipziger Stadtbank sind große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Mehrere verantwortliche Beamte haben gemeinsam gegen die Vorstände gehandelt, indem sie einer Firma heimliche Kredite gewährten und das erst nachträglich eintrugen. Es sind sofort Maßnahmen ergriffen worden, um die Rückzahlung der Kreditsummen zu sichern. Der größte Teil des Kredites dürfte gedeckt sein, doch ist ein Verlust von 50 000 bis 200 000 Mark nicht ausgeschlossen.

Große ausländische Anleihe Oesterreichs.

Wien, 21. Januar. Im parlamentarischen Kreise verlautet, daß sich die Regierung mit dem Gedanken einer großen ausländischen Anleihe beschäftigt, deren Erträgnis ausschließlich der Elektrifizierung der Bundesbahnen zukommen soll.

Luthers zweite Kanzlerrede.

Ergänzungen zur Regierungserklärung. — Abwartende Haltung der Demokraten.

Demokratische Anfragen an Dr. Luther.

Berlin, 21. Jan. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Innenminister Schiele, Justizminister Frenken, Finanzminister Dr. v. Schlieben. Präsident Lohse eröffnete die Sitzung um 2.30 Uhr. Fortsetzung der politischen Aussprache. Die zur Verhandlung stehenden das Vertrauensvotum der Regierungsparteien und des Reichstages sowie der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Der Reichskanzler Dr. Luther eröffnete das Wort.

Abg. Koch-Weser (Dem.).

Er stellt fest, daß das deutsche Volk einig sei in dem Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone (Zustimmung). Es widerspreche allem Recht, wenn die Entente nach dem 10. Januar Köln noch besetzt halte. Der Versailler Vertrag, so hart er ist, erlaubt diese Besetzung nicht. In etwaigen „Verfehlungen“ gegenüber den Kontrollbestimmungen liegt kein Grund, sondern nur ein Vorwand für die Entente. Die endgültige Befreiung unserer unter der Fremdherrschaft leidenden Länder ist uns so viel wert, daß wir unter allen Umständen darauf bringen werden, daß auch solche Vorwände aus der Welt geschafft werden (Zustimmung). Weder Soldatenplünderer, noch die Superflugschiff untergeordneter Organe dürfen der Entente einen Vorwand liefern, unsere Länder am Rhein, die solange gelitten haben, noch länger unter der Fremdherrschaft zu belassen (Zustimmung). Das Dawesgutachten verdient keinen Dank, wie der „Temps“ berichtet hat, sondern es ist ein Vakt im Interesse aller. Der Redner erklärte weiter, daß jede Regierung die Außenpolitik werde fortsetzen müssen, die fünf Jahre lang gemacht wurde. Auch die Deutschnationalen würden sie nicht ändern können. Denn die Herren denken gar nicht daran, irgendeine andere Politik zu machen als bisher: sie haben sich lediglich in den Sattel setzen wollen, werden aber die bisherige Außenpolitik fortführen. Es ist nur bedauerlich, daß sie das so sehr erschwert haben durch die großen Reden, die sie Jahre lang gehalten haben, so daß das Ausland immer noch glaubt, die Herren seien Wölfe im Schafspelze. Im Ausland begehrt man den Irrtum, unsere Deutschnationalen für Wölfe im Schafspelze zu halten. Tatsächlich haben sie nur Wolfspelze umgehängt, — was Brunterstedt, brauche ich nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Wir wünschen von der neuen Regierung nicht Aggressivität, wohl aber Aktivität. Insbesondere genügt es nicht, vor dem Inland über die schlechte Behandlung Deutschlands zu klagen, sondern es gilt, diese Klagen dort vorzubringen, wo sie ein weites Echo finden.

Eine solche Stütze ist der Völkerverbund und deshalb gehört Deutschland in den Völkerverbund hinein.

Der Einwand, daß die Zugehörigkeit zum Völkerverbund Konsequenzen bei einem militärischen Vorgehen gegen Friedensvertragsbrecher haben könne, ist ganz und gar nicht beweiskräftig. Diese Möglichkeit, vor diesen Konsequenzen uns zu schützen, haben wir nicht, wenn wir draußen stehen, sondern nur, wenn wir im Völkerverbund zu Worte kommen.

Trotzdem wir also auf dem Gebiete der Außenpolitik eine Reihe von Wünschen zu erheben haben, sind wir doch bereit, auf diesem Gebiete nicht ohne weiteres Opposition zu treiben. Wir halten uns da an das gute Beispiel der englischen Liberalen und nicht an das schlechte Beispiel der Deutschnationalen, die den Außenministern bisher immer Knüttel zwischen die Beine geworfen haben.

Der Republik mußte man den Vorwurf, daß sie nicht die richtige Führerschaft verleihe, daß auch der Kaiser die richtigen Minister auswählen könne. Herr Luther hätte aber wohl unter dem kaiserlichen Regime recht wenig Aussicht gehabt, Kanzler zu werden, und auch der deutschnationalen Rittersgutsbesitzer Schiele hätte wohl die Konkurrenz mit den Kallwigen und Sperrlingen nicht aufnehmen können, ebenso wenig Herr Stresemann.

Das Programm der Regierung mag im ganzen nicht schlecht sein, ist aber doch im allgemeinen recht mangelhaft. Herr Hergt hat im Wahlkampf aus dem schalen See durch einen Schuß deutschnationalen Humors einen „kaffigen Grog“ machen wollen. Wie können die Deutschnationalen dieser Regierungserklärung zustimmen, wie können sie mit der Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, mit der Behandlung der Schuldfrage in dem bisherigen Sinne, der Beharrlichkeit zur Republik einverstanden sein, und wie können sie die folgende Re-

gierung anerkennen in dem Augenblick, wo Graf Helldorf diese als eine Regierung der vollenden Lächerlichkeit bezeichnet? Die Versprechungen der Deutschnationalen seit fünf Jahren betragen sich nicht mit dieser Regierung.

Entweder müssen Sie Ihre Wähler verraten oder den Reichskanzler.

Vielleicht auch abwechselnd die einen und den anderen.

Wir setzen der neuen Regierung ablehnend deshalb gegenüber, weil sie aus dem unabhigen Sturz einer Regierung, der wir unser volles Vertrauen schenken, gerade gewonnen ist.

(Sehr richtig! Bei den Demokraten.)

Die Regierung begegnet nach ihrer Zusammenkunft und Entstehungsgeschichte ernstlichen Bedenken. (Sehr richtig! Bei den Demokraten.) Allerdings hat der Reichskanzler Dr. Luther betont, daß der Staatsgedanke den besonderen Pflege bedarf. Ich stimme mit Ihnen überein. Der Innenminister hat besondere Veranlassung, mit der Pflege des Staatsgedankens in der Republik zu machen. Dabei muß vor allem die Ehrfurcht und die Achtung vor dem Präsidenten des Staates gepflegt werden. Der Reichspräsident wird uns gewiß nicht „sozialistischen Seiten entgegenführen“ können, aber es hat es uns auch nicht versprochen. Ich glaube, daß der Weg durchs Dunkel, den wir gegangen sind, unter Führung eines Monarchen nicht so taubfühlend und so schweigend gemacht worden wäre, wie unter Führung des Reichspräsidenten Ebert. (Beifall links, Unruhe und Lärm rechts.) Das Magdeburger Urteil bedauern wir aufs tiefste und schmerzlichste. Graf Westarp hat geäußert, daß die „vaterländischen Verbände“, die sich in so unangeleglicher Weise dieses Urteil bemächtigt, dem Reichspräsidenten in besonderen Schutz genommen werden.

„Wollen Sie, Herr Reichskanzler, sich gegenüber der Republik? Werden Sie für nicht gegen alle Verbände sorgen? Betrachten Sie es als Aufgabe nach den Wünschen des Grafen Westarp diese dieser Verbände zu fördern?“

Es müßte weiter verhindert werden, daß die evangelische Kirche zu einseitiger Politik gänzlich gegen die Republik mißbrauchen.

Der Redner kam auf den deutschnationalen Scherz, der die jetzige Regierung als Stappemarchie bezeichnete, zu sprechen, und fragte:

„Wird Ihnen Sie, Herr Reichskanzler, gegen die Republik, und rufen Sie ab von denen, die als eine Einrichtung gegen die Republik in den Wollen?“

Auch wir wünschen strenge Untersuchung und Abwendung der in letzter Zeit bekanntgewordenen Skandale. Es ist aber falsch, wenn man die Schuld allein bei denen sucht, die als Beamte der Seehandlung nicht volle Reinlichkeit bewahrt haben. Man darf auch nicht die Republik für die Korruption verantwortlich machen, denn wie der Abg. Breitfeld richtig sagte, die Korruption hat schon im Kriege eingesetzt, als die Kriegsgesellschaften gebildet wurden.

Koch schloß folgendermaßen:

Wir warten zunächst die Erklärung der Regierung auf meine Fragen ab. Auf keinen Fall aber denken wir daran, dieser Regierung Neutralität zuzusprechen. Auch das Verbleiben des Reichswehrministeriums bei der Regierung schlägt keine Brücke. Wie folgen einer guten parlamentarischen Sitte, die auch von Parteien links und rechts von uns geübt worden ist, wenn wir uns entschließen sollten, der Regierung, deren Führung befriedigend ist, sofern sie diese Erklärung auf meine Anfragen hin zu befriedigender Form zugeht, freies Spiel zu geben, wie wir uns? Wenn Sie dann endgültig über sie entscheiden. Die nächste Aufgabe dieser Regierung ist es, zu beweisen, daß keine Partei in Deutschland eine andere Außenpolitik machen kann und will, als wir sie gemacht haben. Ihre Aufgabe ist ferner, zu zeigen, daß bei der Erfüllung von Verpflichtungen nirgendwo so mit Wasser gelacht wird wie auf der rechten. Das deutsche Volk muß erkennen, daß Deutschland das Land der begrenzten Möglichkeiten geworden ist, daß nicht die deutschen Führer, sondern die harten Tatsachen schuld daran sind, wenn es sich nicht so rasch aufrichtet, wie jugendliche und alte Volksgenossen es wünschen. Dann wird es befähigt sein, sich an Politik des Gedulds, der Beharrlichkeit, der Ausdauer, zu der wir uns begeben.